

Pressemitteilung

DKG zur vorgelegten Studie des RWI

Insolvenzwelle droht – mit negativen Folgen für die Bevölkerung

Berlin, 6. Oktober 2020 – Die am Dienstag vorgelegte Studie des RWI macht deutlich, dass die Krankenhäuser in Deutschland über das Jahr hinaus eine bessere Finanzierung benötigen. Die schon vor der Corona-Pandemie extrem angespannte wirtschaftliche Lage vieler Häuser wird sich spätestens 2022 – so die Wissenschaftler – zu einer Insolvenzwelle ausdehnen. „Die Untersuchung unterstreicht, dass die von der Deutschen Krankenhausgesellschaft geforderte strukturelle Debatte über die Planung und Finanzierung von Kliniken umgehend geführt werden muss. Wir müssen darüber diskutieren, wie wir Daseinsvorsorge langfristig gesichert finanzieren können. Wie viel Vorhaltefinanzierung benötigen wir? Zentral ist aber auch, dass wir endlich von der kalten Strukturbereinigung wegkommen. Die drohende Insolvenzwelle gefährdet bedarfsnotwendige Kliniken – mit Folgen für die Bevölkerung vor Ort. Nicht jedes Bett und jeder Klinikstandort wird zwingend auch in der Zukunft benötigt. Aber die Entscheidung, wie es mit unserer Kliniklandschaft weitergeht, darf nicht durch Insolvenzen entschieden werden, sondern durch die Entscheidung der politisch Verantwortlichen in den Ländern“, erklärt Dr. Gerald Gaß, Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG).

Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig eine leistungsfähige und flächendeckende Krankenhausstruktur ist. Die Krise hat verdeutlicht, dass gute Gesundheitsversorgung existenziell ist, auch um die anderen Bereiche des wirtschaftlichen Lebens aufrechterhalten zu können. Nicht zuletzt waren es Kliniken und die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern, die dazu geführt haben, dass der Lockdown kurz gehalten werden konnte und die Pandemie bis dato mild verlaufen ist. „Um aber die Krankenhäuser dauerhaft wirtschaftlich zu sichern, muss die anhaltende chronische Unterfinanzierung, zum einen bei den Vorhaltekosten, zum anderen aber vor allem bei der

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

SEKRETARIAT
Stephanie **Gervers**
Telefon +49 30 39801-1021

Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025

Fax +49 30 39801-3021
E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

Investitionskostenfinanzierung der Länder, unbedingt beendet werden“, so Gaß.

Die DKG hat im September mit dem Krankenhausgipfel die Diskussion unter dem Leitmotiv „Fair diskutieren, entscheiden und handeln“ um die nachhaltige Versorgungsgestaltung begonnen. „Die Krankenhäuser sind bereit für den Dialog. Wir wollen mit der Politik auf Bundes- und Landesebene und den Krankenkassen Bedingungen definieren, wie die Kliniken weiterhin den Anspruch erfüllen können, das Rückgrat der Gesundheitsversorgung in Deutschland zu sein“, so der DKG-Präsident.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.925 Krankenhäuser versorgen jährlich 19,4 Millionen stationäre Patienten und rund 20 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,3 Millionen Mitarbeitern. Bei 97 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.